

UN-RESOLUTION ZU LIBYEN

FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR RESOLUTION 1973
DES WELTSICHERHEITSRATES
UND ZUR HALTUNG DER BUNDESREGIERUNG DAZU

UN-Resolution zu Libyen

Fragen und Antworten zur Resolution 1973 des „Weltsicherheitsrates“ und zur Haltung der Bundesregierung dazu

Was beinhaltet die Resolution 1973 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen?

Die Resolution fordert eine sofortige Waffenruhe und den Schutz der Zivilbevölkerung in Libyen. Sie sieht zur Durchsetzung dieser Forderungen neben der Flugverbotszone auch ein Waffenembargo vor. Darüber hinaus weitet die Resolution Wirtschaftssanktionen und Reisebeschränkungen gegen den Gaddafi-Clan aus – auf deutsche Initiative hin.

Die militärischen Mittel sind auf Luftschläge konzentriert. Der Einsatz von Besatzungstruppen ist nicht gestattet.

Wie hat sich die Bundesregierung bei der Abstimmung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über ein Flugverbot über Libyen verhalten?

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bei der Abstimmung über die Resolution vom 17. März 2011 zu Libyen, die unter anderem die militärische Durchsetzung einer Flugverbotszone vorsieht, enthalten.

Die Ziele dieser Resolution teilt die CDU-geführte Bundesregierung uneingeschränkt. Die Enthaltung ist nicht mit Neutralität zu verwechseln. Sie ist lediglich in der Tatsache begründet, dass Deutschland sich nicht an militärischen Maßnahmen beteiligen wird.

Wir fordern vom libyschen Diktator Gaddafi eine dauerhafte Waffenruhe, damit der Krieg gegen sein eigenes Volk ein schnelles Ende hat.

Warum beteiligt sich Deutschland nicht an der Durchsetzung des Flugverbots über Libyen?

Das Flugverbot über Libyen lässt sich nur durch den massiven Einsatz militärischer Gewalt durchsetzen. Für die militärische Zurückhaltung Deutschlands gibt es gute Gründe:

- Nicht geklärt sind die erheblichen Gefahren und Risiken, die mit einem militärischen Eingreifen verbunden sind. Die Bundesregierung ist aufgrund dessen zu ihrer Entscheidung gekommen: Deutsche Soldaten werden sich an einem militärischen Einsatz in Bezug auf Libyen nicht beteiligen.
- Nicht geklärt ist auch die Frage, ob mit einer Flugverbotszone und durch die Luftschläge der Schutz von Zivilisten wirklich effektiv sicherzustellen oder das Gaddafi-Regime zurückzudrängen und auszuschalten ist. Dies umso mehr, als die Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen keine Angriffe auf den Diktator vorsieht.
- Unbeantwortet ist die Frage, was passiert, wenn es trotz der Maßnahmen – der Flugverbotszone, dem Waffenembargo und den Sanktionen – nicht gelingt, die genannten Ziele zu erreichen.
- Unklar ist darüber hinaus, wie die arabische Welt reagiert, sollte es durch Luftschläge internationaler Streitkräfte bedauerlicherweise zu zivilen Opfern in Libyen kommen.
- Eine offene Frage ist nicht zuletzt: Wie soll reagiert werden, wenn es zu einem lang anhaltenden Bürgerkrieg in Libyen kommt? Müssen dann dort Bodentruppen eingesetzt werden?

Unstrittig ist, dass Libyens Diktator Gaddafi jede Legitimation verloren hat. Er sollte abtreten und den Weg für einen Neuanfang Libyens frei machen.

Davon zu trennen ist die Frage einer militärischen Intervention und der deutschen Beteiligung daran. Die Bundesregierung hat von Anfang an gesagt, dass sie nicht in eine schleichende Eskalation hinsichtlich einer dauerhaften Beteiligung an einem Krieg in Libyen kommen möchte. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat deutlich gemacht, dass sie Deutschland nicht in einen Einsatz mit äußerst unsicherem Ende führen möchte.

Welche anderen Handlungsoptionen gibt es?

Es gilt den Druck gegenüber dem Regime Gaddafi, etwa durch die Verschärfung von Sanktionen zu erhöhen. Es muss verhindert werden, dass weiterhin frisches Geld in die Hände dieses Diktators gelangt, mit dem er seine Söldnertruppen bezahlen kann, um den Krieg gegen das eigene Volk fortzuführen.

Deshalb hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Libyen-Gipfel in Paris am 19. März 2011 auch für ein umfassendes Öl-Embargo eingesetzt. Ein derartiges Embargo würde das libysche Regime hart treffen.

Wie wird Deutschland seine militärisch engagierten Alliierten unterstützen?

Um die an der Durchsetzung des Flugverbots beteiligten NATO-Partner militärisch zu entlasten, hat die Bundesregierung seinen Alliierten angeboten, im Rahmen der Gesamtbelastung der NATO andere Aufgaben zu übernehmen – zum Beispiel im Bereich der Luftraumüberwachung durch so genannte AWACS-Flugzeuge, die derzeit in Afghanistan im Einsatz sind.

Verteidigungsminister Thomas de Mazière hat am 23. März 2011 im Deutschen Bundestag um eine breite Unterstützung für eine deutsche Beteiligung an den NATO-AWACS-Aufklärungsflügen in Afghanistan geworben. Das Kabinett hatte zuvor beschlossen, bis zu 300 Bundeswehrsoldaten für diesen Einsatz zur Verfügung stellen zu wollen. Dies sei auch ein politisches Zeichen der Bündnissolidarität, so de Mazière.

Stand: 23.3.2011